

mierte, daß die DDR im politischen Dialog mit verantwortlichen Politikern der BRD wiederholt und mit gebotenen Ernst auf die Gefahren und Konsequenzen hingewiesen hat, die aus der Stationierung neuer amerikanischer Raketenkernwaffen in der BRD für Frieden und gute Nachbarschaft erwachsen würden. Die DDR legte deshalb den politischen Verantwortlichen in der BRD nahe, eine Entscheidung zu überdenken, die zur Folge hätte, daß die UdSSR und andere Staaten zum erstenmal seit dem zweiten Weltkrieg wieder von deutschem Boden aus militärisch bedroht würden.

Andrej Gromyko brachte die volle Unterstützung der Sowjetunion für den im Brief von Erich Honecker an den Bundeskanzler der BRD, H. Kohl, enthaltenen Appell zum Ausdruck.

Die Umwandlung des Territoriums der BRD in eine Startrampe für Raketenkernwaffen, die gegen die sozialistischen Länder gerichtet sind, wäre ein friedensgefährdender Schritt von prinzipieller Tragweite. Das würde Geist und Buchstaben der Verträge von Moskau und Berlin widersprechen und den Beziehungen der BRD mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion ersten Schaden zufügen.

Die Regierung der BRD muß sich darüber im klaren sein, daß sie, wenn sie bedingungslos dem Kurs der USA-Administration folgt und den neuen amerikanischen Raketen die Türen ihres Landes öffnet, dessen lebenswichtige Interessen aufs Spiel setzt. Es wäre sowohl vom politischen als auch vom militärischen Standpunkt aus kurzsichtig, unter dem fadenscheinigen Vorwand der Stärkung der eigenen Sicherheit Gefahren für die Sicherheit anderer heraufzubeschwören.

Die DDR und die UdSSR werden ebenso wie die anderen Länder des Warschauer Vertrages die Hände nicht in den Schoß legen, wenn in der BRD neue amerikanische Kernwaffen auftauchen. Sie werden alles tun, was angesichts der neuen Situation für die Sicherung ihrer Verteidigungsfähigkeit erforderlich ist. Die DDR und die UdSSR vertreten die Ansicht, daß die Realisierung der in der Prager Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sowie auf den Treffen der höchsten Repräsentanten sozialistischer Länder in Moskau unterbreiteten Vorschläge wesentlich zur Beseitigung der gegenwärtigen gefährlichen Spannungen in der Welt und zur Verringerung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges beitragen würde. Diese Vorschläge sind ein konkretes Programm zur Gesundung der internationalen Beziehungen und eine klare Alternative zum imperialistischen Kurs der politischen und militärischen Konfrontation. Dazu zählen auch der Vorschlag über den Abschluß eines Vertrages über die gegenseitige Nichtanwendung von Gewalt und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Mitgliedsländern der NATO und der Vorschlag, daß alle Kernwaffenmächte, die das bisher noch nicht getan haben, die Verpflichtung übernehmen, nicht als erste Kernwaffen anzuwenden.